

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Albert Füracker

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)

Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeld bei naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung (Drs. 16/15152)

Mir wurde signalisiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich gebe das hiermit bekannt.

(Georg Schmid (CSU): Wir können doch gleich abstimmen!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Thalhammer das Wort.

(Harald Güller (SPD): Gib's ihnen! - Georg Schmid (CSU): Drei Sekunden! Tobi, rei dich zusammen!)

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Naturschutzgesetz ist es so: Immer wenn eine Maßnahme zulasten der Natur getätigt wird, soll diese ersetzt oder ausgeglichen werden. Wir haben das Problem gerade im Großraum München. Die Stadt München lebt ja generell, aus dem Umland gesehen, so, dass gerade im Großraum München keine Flächen mehr zur Verfügung stehen. Man kennt das Thema auch in der bayerischen Landwirtschaft. Durch Flchenstilllegungen und teilweise überzogene Flchenausgleichsregelungen – ich erinnere nur an die unglaublich große Ausgleichsfläche, die man für den Bau eines Windrades darstellen muss – werden immer mehr Flächen aus der Nutzung genommen.

Das Bundesumweltministerium hat eine Studie hierzu in Auftrag gegeben, und Herr Professor Degenhart kam zu dem Ergebnis, dass es verfassungskonform sei, dass anstelle der Realkompensation auch eine Ersatzzahlung getätigt werden könnte.

Wir wollen mit diesem Antrag von Bayern aus ein Signal senden, dass das Ergebnis auch auf Bundesebene in die entsprechenden gesetzlichen Schritte umgesetzt wer-

den sollte. Klar ist, dass dieses Ersatzgeld nicht zum Stopfen irgendwelcher Haushaltslöcher verwendet werden kann, sondern auch in Umweltschutzmaßnahmen fließen muss. Das ist eine neue Chance, die wir haben und mit der wir viele Schwierigkeiten hier und da bereinigen können. Deshalb werben wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, bitte.

(Harald Güller (SPD): Wofür hat sich der Koalitionsausschuss entschieden? - Ludwig Wörner (SPD): Bedingungslose Kapitulation oder Enthaltung?)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bisherige Prozedere mit diesem Antrag ist bekannt: Er war im Umweltausschuss und wurde damals in einer einmaligen Situation abgelehnt. Im Landwirtschaftsausschuss wurde ihm zugestimmt. - Ich möchte aus meiner Sicht nochmals erläutern, worum es geht. Ausgehend von der bayerischen Naturschutzgesetzgebung 1973 wurde damals eine sehr kluge Vorgehensweise bei Eingriffen in die Landschaft gewählt.

(Ludwig Wörner (SPD): So ist es!)

Ein erster Schritt: Es ging darum, Eingriffe zu vermeiden, sie also nach Möglichkeit überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Es ging zweitens darum, vermeidbare Eingriffe zu minimieren, dort also ebenfalls wieder das Ziel, so gering wie möglich einzugreifen und die Eingriffe, die nicht zu minimieren bzw. zu verhindern waren, durch Ausgleichsmaßnahmen und in einem weiteren Schritt durch Ersatzmaßnahmen zu kompensieren.

(Unruhe bei der SPD)

– Vielleicht können alle mal ein bisschen aufpassen, auch in den vorderen Reihen!

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Bei der Realkompensation ging es darum, dass die Natur in ihrer Substanz keinen Verlust erleidet, sondern dass man durch entsprechende Maßnahmen das ausgleicht, was man beeinträchtigt. Ich muss feststellen und darauf hinweisen: Ich habe das 25 Jahre in diesem Metier selbst getan, und schon in den Achtzigerjahren hat die Post im Saaletal bei Hammelburg die großen Funkantennen aufgestellt. Sie waren materiell nicht auszugleichen. Damals wurden bereits durch Ersatzgeld – 500.000 DM – andere Maßnahmen realisiert, und es ist auch möglich, abseits der Fläche, bei der ein Eingriff stattfindet, auszugleichen oder Ersatz zu schaffen.

Ich nenne dazu folgendes Beispiel: Jeder kennt das Biebelrieder Dreieck, bei dem sehr große Flächen durch den Autobahnbau verloren gegangen sind und die Bauern gesagt haben: Wir können in Biebelried auf unseren guten Böden nicht auch noch den Ausgleich realisieren. Wir haben diese Flächen dann 15 Kilometer entfernt nach Michelfeld gelegt. Das heißt, es gibt schon seit eh und je die Möglichkeit dieser Ersatzzahlung, wenn es die Ultima Ratio ist. Insofern ist es nicht zwingend erforderlich, dass man Ersatzzahlung und Ausgleich nun gleichsetzt. Ich sage das, weil ich 1973, begeistert vom bayerischen Umweltministerium und den Gesetzesgrundlagen, die dort geregelt wurden, in die CSU eingetreten bin. Wenn ich nun diesen Bruch hinnehmen muss, so fällt mir das schwer.

Ich weiß allerdings auch, dass wir einen Koalitionsvertrag haben – ich bin ein offener Mensch und weiß, dass auch die Landwirte in unseren Reihen eine bestimmte Affinität zu dieser Lösung haben –, will aber darauf hinweisen, dass im Bundesnaturschutzgesetz 2010 und im Bayerischen Naturschutzgesetz 2011 schon sehr deutliche Regelungen gefunden wurden, dass landwirtschaftliche Flächen verschont bleiben und man das Ganze konzeptionell so anordnet, dass es dort, wo es für den Naturschutz Sinn macht und für die Landwirtschaft weniger Aderlass erfordert, auch umgesetzt werden kann.

Eines noch: Wir treffen diese Entscheidung zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kompensationsverordnung noch nicht greift. Es sind produktionsintegrierte Ausgleichsmaß-

nahmen vorgesehen usw. Daher werden meine Parteifreunde dem Koalitionsvertrag entsprechend diesem Antrag zustimmen. Ich bitte aber um Verständnis, wenn ich mich persönlich der Stimme enthalte. Die Staatsregierung wird sicher versuchen, dies umzusetzen, aber die Konstellation ist in meinen Augen nicht unbedingt erfolgversprechend. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte meine eigenen Kollegen, zuzustimmen, auch wenn ich mich der Stimme enthalte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Nun hat der Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast ein Treppenwitz,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wie das im Umweltausschuss abgelaufen ist. Ich kann nur für den Umweltausschuss sprechen. Da ist man nicht mal in der Lage abzustimmen, läuft hinaus und vergisst dabei vor lauter Aufregung, dass andere trotzdem abstimmen könnten, und ist dann beleidigt, weil es nicht so läuft, wie man es gern hätte, weil man die eigenen Verfahren nicht kennt. Aber das ist nicht mein Problem.

(Eberhard Sinner (CSU): Die kommen alle wieder rein!)

– Ja, das ist richtig, die kommen alle wieder herein. Meistens muss man wieder hereinkommen, wenn man hinausgeht.

Aber was viel schlimmer ist: Was hier läuft und beginnt, ist das Aufweichen eines Verfahrens, das der Kollege gerade völlig richtig beschrieben hat. Die Väter dieser Idee waren bemüht, die Latte möglichst hoch zu hängen, um sicherzustellen, dass man nicht permanent unten durchläuft. Nun beginnen wir einen Ablasshandel – also nicht wir, sondern ihr stimmt dem Ablasshandel mit zu, wenn ihr dem Antrag zustimmt –, und ich stelle einmal die Frage: Wenn diese ganze Geschichte, mit Geld auszuglei-

chen, so weitergeht, wo kaufen wir dann Ausgleichsflächen? Irgendwo am Nordpol oder am Südpol und siedeln dort die Eisbären an, oder was machen wir damit? Denn wir haben angeblich die Flächen nicht mehr. Anstatt einmal darüber nachzudenken, den permanenten Flächenverbrauch zu stoppen, was wir angeblich auch dauernd wollen, weichen wir nun selbst diese Verfahren, die wir haben, auf, um dann mit Geld das zu reparieren, was nicht zu reparieren ist. Es hat einmal irgendjemanden gegeben, der gesagt hat: Sie können von ihrem blöden Geld irgendwann einmal nichts mehr herunterbeißen. Das gilt hier ganz besonders. Wir können mit Geld eigentlich überhaupt nichts mehr anfangen, weil wir die Schäden, die wir verursachen, mit Geld nicht mehr ausgleichen können. Also kann unser Auftrag doch nur sein, mit dem Vorhandenen so sorgsam wie möglich umzugehen, damit so wenig wie möglich ausgeglichen werden muss. Wenn es nun dadurch eine neue Situation gibt, dass wir alle miteinander beschlossen haben, die Energiewende zu betreiben, und dies auch besondere Bedürfnisse auslöst, dann müssen wir etwas mehr Hirnschmalz verwenden, als nur zu sagen: Das machen wir jetzt mit Geld. Denn mit Geld kann man alles. Das scheint die Philosophie von einigen, wenn auch nicht von allen zu sein: Mit Geld kann man alles, man kann sogar Parteien für Geld kaufen.

(Jörg Rohde (FDP): Echt? Die SPD kann man kaufen?)

Da gebe ich ihnen recht. Auch Meinungen und Stimmungen kann man für Geld kaufen. Aber zu solchen Leuten wollen wir nicht gehören, und deswegen lehnen wir diesen Antrag weiterhin ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Kollege Dr. Fahn das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die derzeitige Regelung - Kollege Hünnerkopf hat das schon gesagt - stammt aus dem Naturschutzgesetz 1973: Wer der Natur einen Schaden zufügt, muss diesen auch in natura wieder kompensieren. Die Rang-

folge, um die es in unserer jetzigen Diskussion geht, lautet: Vermeidung, Ausgleich und Ersatzgeld. Von diesem Grundsatz sollte und kann auch abgewichen werden, wenn eine Realkompensation nicht möglich ist. Herr Hünnerkopf hat es gesagt, und wir halten das auch für richtig: Die Ersatzzahlung als Ultima Ratio hat sich bewährt. Dieser Grundsatz sollte auch der rote Faden sein. Eine völlige Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeldzahlung kann nämlich Nachteile haben und zu einem Ablasshandel für die Natur- und Kulturlandschaft verkümmern. In diesem Zusammenhang müssen wir auch den Flächenverbrauch sehen, der in Bayern immer weitergeht. Derzeit sind es 18 Hektar pro Tag; es waren auch schon einmal 20 Hektar pro Tag. Diesen Flächenverbrauch sollte man kritisch sehen.

Wir wissen allerdings, dass viele Landwirte diese Problematik anders sehen; immer mehr landwirtschaftliche Flächen werden aus der Nutzung genommen. Die Kompensation geht auch zulasten der Landwirtschaft. Im Agrarbericht 2012 steht allerdings auch, dass nur ein Viertel der Kompensationsflächen Ackerbauflächen waren; drei Viertel der Flächen sind mehr oder minder unproduktive Flächen.

Der Vorschlag der FDP, das Geld in einen Naturschutzfonds einzuzahlen, kann natürlich zu einer Stärkung des Naturschutzes führen. Das steht so im Antrag, und es klingt zunächst auch ganz interessant, wenn die Gelder zielgerichtet eingesetzt werden. Aber niemand weiß, wo sie eingesetzt werden, wenn wir diese Umweltprojekte haben. Uns wäre es lieber, wenn sie an dem Ort, wo der Eingriff stattgefunden hat, eingesetzt würden. Wir haben gesehen, dass das wahrscheinlich nicht oft der Fall sein wird; denn die Projekte werden dann in größerer Entfernung umgesetzt. Das ist aber nicht der Sinn der Sache.

Schließlich ist das EU-Recht zu beachten. Das EU-Artenschutzrecht geht klar von naturalen Ausgleichsmaßnahmen aus und schließt Ersatzzahlungen von vornherein aus. Das ist das Problem, mit dem wir uns insgesamt beschäftigen müssen. Sie müssen sich die Frage stellen lassen, ob das vorschnelle Abstellen auf Zahlungen von Ersatzgeldern den Flächenverbrauch nicht vielleicht steigert.

Schließlich haben Sie vom Gutachten von Professor Degenhart gesprochen. Es kommt zu dem Ergebnis, dass die Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeldzahlung unter Beachtung bestimmter Rahmenbedingungen verfassungskonform gestaltet werden kann. Dies ist aber jetzt noch kein Grund, dem FDP-Antrag zuzustimmen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn man eine Forderung aufstellt und das Bundesnaturschutzgesetz ändern will, dass diese Forderung rechtlich umsetzbar ist.

(Eberhard Sinner (CSU): Das ist doch eh nur ein Wunsch!)

Wir wissen auch nicht, ob das Ergebnis dieses Gutachtens allen weiteren juristischen Prüfungen standhalten wird, falls die bisherige Regelung gekippt wird, wie es in dem Antrag verlangt wird. Das interessiert uns natürlich auch. Daher sagen wir, dass die Zahlung von Ersatzgeldern, wie Herr Hünnerkopf formuliert hat, weiterhin die Ausnahme und nicht die Regel sein sollte. Deswegen sollte die zeitliche Reihenfolge auch in Zukunft sein: Vermeidung, Ausgleich, Ersatzgeld. Die Gleichstellung, wie sie von der FDP gefordert wird, kann zu einem Ablasshandel für unsere Natur- und Kulturlandschaft verkümmern. Deshalb haben wir mit diesem FDP-Antrag Probleme.

(Eberhard Sinner (CSU): Enthaltet Ihr euch, oder was macht ihr?)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte bleiben Sie am Redepult; Herr Kollege Thalhammer, bitte.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Fahn, ich habe nur eine kurze Frage, da Sie hier für Ihre Fraktion gesprochen haben. Ihre Fraktion möchte diesen Antrag ablehnen. Allerdings ist ein Mitglied Ihrer Fraktion namentlich als Mit Antragsteller genannt, nämlich Herr Dr. Otto Bertermann.

(Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Wir haben keinen Fraktionszwang, Herr Kollege!)

Ich möchte daher fragen, ob ein Mitglied Ihrer Fraktion auch gegen den Antrag stimmt, obwohl es selbst mit Namen als Antragsteller genannt ist und selbst den Antrag mit ausgearbeitet hat.

(Alexander König (CSU): Jetzt wird es schwierig, Otto!)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich bedanke mich für diesen Punkt. Bei uns in der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist es so: Wir haben diese Mehrheitsmeinung in der Fraktion. Wenn ein Mitglied der Fraktion sagt: Ich stimme dem Antrag trotzdem zu oder ich enthalte mich, kann es das gerne machen. Wir sind schließlich auch bei den FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU) - Thomas Hacker (FDP): Was kümmert ihn sein Geschwätz von gestern?)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. Jetzt hat Herr Kollege Magerl das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine erste Vorbemerkung machen: Ich bin in hohem Maße darüber erstaunt, dass das für die Thematik zuständige Staatsministerium während der gesamten Debatte durch Abwesenheit glänzt. Ich halte das für einen Affront gegenüber dem Hohen Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diejenigen, die hierfür zuständig sind, beteiligen sich an der Debatte überhaupt nicht. Sie kneifen schlicht und ergreifend, weil ihnen der Antrag im höchsten Maße peinlich ist. Das ist nämlich der Hintergrund der Geschichte.

Eine zweite Vorbemerkung. Wer regiert eigentlich in Berlin? Das frage ich mich, wenn ich den Antrag lese. Müssen Sie hier beschließen, was in Berlin zu tun ist? Haben Sie keine anderen Wege, als den Landtag als Podium zu benützen, oder kommen Sie vielleicht auch in Berlin beim Koalitionspartner nicht durch?

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben wir auch schon probiert!)

Der dritte Punkt geht in Richtung CSU: Sie knicken hier ein und kapitulieren im Bereich des Natur- und Umweltschutzes in ganz, ganz gewaltigem Umfang. Kollege Hünnerkopf, Sie haben es klar gesagt, wobei Sie ein bisschen falsch formuliert haben: Sie sagten, es ging um Vermeidung. Nein, im geltenden Bundesnaturschutzgesetz steht, es geht nach wie vor um Vermeidung. Denn das Gesetz lautet klar und deutlich: Der Verursacher eines Eingriffs ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Das ist die erste Priorität. Da kommen Sie nicht weiter.

Ich habe eine Anfrage gestellt, wie sich die Staatsregierung zum Flächenverbrauch stellt, ob sie sich dem Bundesziel von 30 Hektar, heruntergebrochen auf Bayern, anschließt. Nein, hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium damals geantwortet. Das ist es: Sie kapitulieren beim Flächenverbrauch. Jährlich verbrauchen wir in etwa die Fläche des Chiemsees. Jetzt geraten Sie in einen Konflikt mit der Landwirtschaft und wollen auch noch den Ausgleich streichen. Es ist in höchstem Maße gefährlich für unser Land, wenn Sie hier in den Ablasshandel einsteigen und Billiglösungen favorisieren, wie das hier gemacht werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der FDP-Vertreter Thalhammer hat von "überzogener Ausgleichsflächenregelung" gesprochen. Nennen Sie mir doch einmal wirklich konkrete Beispiele, in denen die Flächenfestlegung nicht nach Recht und Gesetz erfolgt ist und die Abwägung nicht nach naturschutzfachlichen Kriterien erfolgt ist. Da werden Sie passen müssen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich habe es in meiner Rede sogar formuliert!)

Sie haben ein einziges Beispiel genannt, die Windräder, aber Sie haben keine konkreten Beispiele genannt. Das sind alles abgewogene Bescheide, in denen klare und deutliche Festlegungen getroffen worden sind. Es gibt dafür keine Beispiele, Sie haben keine Beispiele!

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie wollen keine Beispiele hören! - Alexander König (CSU): Müsst ihr mitten in der Nacht so schreien?)

- Er quengelt immer dazwischen; deshalb werde ich laut.

Ich habe die Thematik in Anfragen umfassend abgefragt. Die Eingriffsfläche pro Landkreis muss man der Ausgleichsfläche pro Landkreis gegenüberstellen. Beispielsweise stehen im Landkreis Miesbach einem Eingriff von 100 % ganze 0,5 % Ausgleich gegenüber. Selbst der Spitzenlandkreis Garmisch schafft nur einen Ausgleich von 40 %. Hier von überzogenen Maßnahmen zu reden, geht völlig an den Tatsachen vorbei.

Die nächste Aussage von Ihnen, Herr Thalhammer, Ersatzgeld müsse in Umweltschutzmaßnahmen fließen, zeigt genau, was Sie haben wollen. Ersatzgeld muss dazu dienen, um den Eingriff in den Naturhaushalt auszugleichen, nicht für allgemeine Umweltmaßnahmen. Hier ist ganz klar: Die Regelung des Eingriffs und des Ausgleichs stellt darauf ab, dass die zerstörten Lebensräume der Tiere und Pflanzen nach Möglichkeit wiederhergestellt werden. Sie formulieren: "... geht in Umweltschutzmaßnahmen". Umweltschutzmaßnahmen sind alles Mögliche. Das kann es nicht sein. Da wird die Biodiversität in unserem Land noch mehr auf der Strecke bleiben, als dies ohnehin bereits der Fall ist.

Der Antrag geht in eine völlig falsche Richtung. Er passt zu dem, was die FDP im Bereich des Naturschutzes offensichtlich denkt und haben will. Ich kann nur hoffen, dass die CSU hier im Plenum endlich so vernünftig ist wie im Ausschuss, wo sich die große Masse bei diesem Antrag enthalten hat. Eigentlich sollten Sie dagegen stimmen. Ich weiß, dass es in dieser Fraktion genügend Abgeordnete gibt, die das, was die FDP hier fordert, nicht mittragen. Sie sollten den Mut haben, hier wirklich zu sagen: Nein, diesem Antrag stimmen wir nicht zu. Denn er steht unter anderem auch gegen das gültige Bundesrecht. Er ist nicht zustimmungsfähig, er ist schlecht für unser Land,

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir wollen das Bundesrecht ändern!)

und er steht auch gegen Artikel 141 der Bayerischen Verfassung, in dem klar und deutlich steht: Eingriffe sind auszugleichen. Das hat Verfassungsrang in Bayern. Daran sollten Sie sich halten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Magerl, vielen Dank, dass Sie noch einmal ans Redepult zurückkommen. – Bitte sehr, Herr Kollege Füracker.

Albert Füracker (CSU): Ich sage zur Sache nichts mehr, aber gegen Bundesrecht verstößt der Antrag nicht, weil der Antrag fordert, dass das Bundesrecht geändert wird. – Das wollte ich wenigstens noch sagen, damit wir korrekt bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Danke für diese kleine Korrektur. Das geltende Bundesrecht schreibt in diesem Zusammenhang eine ganz andere Regelung vor, nämlich eine ganz klare Abfolge: Eingriffe zu vermeiden und dann auszugleichen, und die Ersatzzahlung steht als Ultima Ratio an allerletzter Stelle. Insoweit gebe ich Ihnen recht. Der Antrag zielt darauf ab, diese sinnvolle Regelung im Bundesrecht zu ändern. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Eberhard Sinner (CSU): Trockenskikurse!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urnen zu geben. Ich verkürze auf vier Minuten und hoffe, dass ich mir dadurch keinen Zorn zuziehe.

(Namentliche Abstimmung von 21.52 bis 21.56 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir fortfahren können. – Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sofortige Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber", Drucksache 16/16040, bekannt geben: Mit Ja haben 45 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, es gab eine Stimmenthaltung. Damit wurde der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3 - Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Es ist für uns alle beschwerlich, jetzt noch zu tagen. Je disziplinierter wir sind, desto schneller sind wir fertig.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag des Abgeordneten Thalhammer und der Fraktion der FDP betreffend "Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeld bei naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung", Drucksache 16/15152, lautet wie folgt: Mit Ja haben 69 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 43. Es gab drei Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.03.2013 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion FDP; Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeld bei naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung (Drucksache 16/15152)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X		Görlitz Erika	X		
Aiwanger Hubert				Dr. Goppel Thomas			
Arnold Horst		X		Gote Ulrike		X	
Aures Inge		X		Gottstein Eva			
Bachhuber Martin	X			Güll Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg				Güller Harald		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Guttenberger Petra	X		
Bause Margarete		X		Hacker Thomas	X		
Dr. Beckstein Günther				Haderthauer Christine			
Dr. Bernhard Otmar			X	Halbleib Volkmar			
Dr. Bertermann Otto	X			Hallitzky Eike		X	
Dr. Beyer Thomas				Hanisch Joachim		X	
Biechl Annemarie	X			Hartmann Ludwig		X	
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid	X		
Blume Markus	X			Heike Jürgen W.			
Bocklet Reinhold				Herold Hans	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Herrmann Joachim			
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold			
Dr. Bulfon Annette				Hessel Katja			
Dechant Thomas	X			Dr. Heubisch Wolfgang			
Dettenhöfer Petra	X			Hintersberger Johannes			
Dittmar Sabine		X		Huber Erwin			
Dodell Renate	X			Dr. Huber Marcel			
Donhauser Heinz	X			Dr. Hünnerkopf Otto			X
Dorow Alex	X			Huml Melanie			
Dr. Dürr Sepp				Imhof Hermann	X		
Eck Gerhard	X			Jörg Oliver	X		
Eckstein Kurt	X			Jung Claudia			
Eisenreich Georg				Kamm Christine			
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Karl Annette		X	
Felbinger Günther		X		Kiesel Robert	X		
Dr. Fischer Andreas	X			Klein Karsten	X		
Dr. Förster Linus				Kobler Konrad	X		
Franke Anne				König Alexander	X		
Freller Karl	X			Kohnen Natascha			
Füracker Albert	X			Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kreuzer Thomas			
Gehring Thomas		X		Ländner Manfred	X		
Glauber Thorsten		X		Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Goderbauer Gertraud	X			Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria			
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			X
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa			
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	69	43	3